

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am
25.11.2010

Tagungsort: Haus Pellahöhe, An der Rehwiese 21

Beginn: 13:30 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 17:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Kögler (CDU)

CDU

Frau Bacso

Herr Weigert

SPD

Herr Heimbeck

Frau Schneider

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Brunnert

Frau Flegel-Hoffmann

Frau Herting

Herr Lichtenberg

Frau Pfaff

BfB

Herr Witte

FDP

Herr Spilker

Die Linke

Frau Thiel-Youssef

Von der Verwaltung/Externe Berichterstatter

Herr Groß, Bauamt

Herr Huesmann, Planungsbüro Drees & Huesmann

Frau von der Gracht, v.B.S. Bethel

Herr Weichynik, Architekturbüro Pappert + Weichynik

Herr Ellermann, Büro des Rates, Schriftführer

Entschuldigt fehlen

Herr Baum (SPD)

Frau Wehmeyer (CDU)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bezirksvorsteher Kögler begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei.

Herr Kögler bedankt sich dafür, dass die Bezirksvertretung heute im Haus Pellahöhe tagen dürfe und überreicht den für das Haus ehrenamtlich tätigen Personen kleine Präsente, die Frau Domke als Leiterin der Einrichtung zunächst stellvertretend in Empfang nimmt.

Frau Domke bedankt sich und begrüßt die Mitglieder der Bezirksvertretung sowie alle anderen Gäste. Sie berichtet über die zahlreichen Angebote des Begegnungszentrums im Jahr 2010 und dankt den 20 ehrenamtlich tätigen Kräften für ihren Einsatz.

Änderung der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Frau Pfaff)

Die Tagesordnung ist im öffentlichen Teil um den Punkt 2.1 „Verlagerung der Aufgabe Stadtbezirksmanagement Gadderbaum“ zu erweitern.

Begründung:

„In der Niederschrift über die 11. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 08.11.2010 heißt es auf Seite 5 (Punkt 4): *„Nach einer weiteren Diskussion, an der sich Herr Witte, Herr Brunnert, Frau Pfaff, Herr Baum, Frau Bacso, Herr Heimbeck und Frau Schneider beteiligen, einigt man sich darauf, einen entsprechenden Tagesordnungspunkt zu beraten, sobald Gewissheit über die geplante Aufgabenverschiebung nach Brackwede herrsche.“* Im Rahmen der Haushaltsdebatte, die in wenigen Stunden stattfindet, wird über die Aufgabenverlagerung entschieden. Das Bezirksmanagement Gadderbaum soll bereits ab dem 01.12.2010 vom Bezirksamt Brackwede wahrgenommen werden, wodurch eine besondere Dringlichkeit gegeben ist, über die Angelegenheit noch in dieser Sitzung zu beraten. In einer derartigen Verlagerung wird kein Vorteil für den Stadtbezirk Gadderbaum gesehen.“

Herr Kögler verweist darauf, dass die in der Bezirksvertretung Gadderbaum vertretenden Parteien bereits ein Schreiben mit diversen Fragen zu dem Thema an Herrn Oberbürgermeister Clausen übersandt hätten. Eine Antwort liege den Mitgliedern der Bezirksvertretung vor.

Nach kurzer Diskussion ergeht folgender

Beschluss:

Die Tagesordnung ist im öffentlichen Teil um den Punkt 2.1 „Verla-

gerung der Aufgabe „Stadtbezirksmanagement Gadderbaum“ zu erweitern.

- mit Mehrheit beschlossen -

-:-

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum

Begegnungszentrum Pellahöhe (Ev. Gemeindedienst / Johanneswerk)

Es sind ca. 80 Einwohnerinnen und Einwohner (überwiegend Seniorinnen und Senioren) anwesend, die anlässlich eines Presseartikels (Neue Westfälische, vom 10.11.2010) mit Fragen und Bemerkungen ihrem Protest gegen die beabsichtigte Schließung des Begegnungszentrums Pellahöhe (Ev. Gemeindedienst) Ausdruck verleihen. Sie machen durch ihre Äußerungen deutlich, dass sie die Schließung nicht akzeptieren würden und Protest zu erwarten sei. Es habe sich ein Aktionskreis gebildet und Unterschriften würden gesammelt.

Außerhalb des von der Geschäftsordnung vorgegebenen Verfahrens werden im Wesentlichen folgende größtenteils emotional geprägte Fragen gestellt:

- Wie kann sozialpolitisch verantwortet werden, dass der Generation, die nach dem 2. Weltkrieg Deutschland wieder aufbaute und das Wirtschaftswunder erarbeitete, die Beendigung Offener Altenarbeit zugemutet wird?
- Ist den Politikern bewusst, dass die Offene Altenarbeit im konkreten Fall den Einstieg in die Pflegebedürftigkeit verzögern kann und damit ein wichtiger Faktor bei der Gesundheitsprävention für alte Menschen ist?
- Kann man nicht an anderen Stellen Personalkosten einsparen?
- Wo sollen sich ältere Menschen zukünftig treffen?
- Der Gadderbaumer Heimatverein hat mit dem Abriss des Gadderbaumer Bezirksamtes seine neue Heimat im Begegnungszentrum Pellahöhe gefunden. Wo könnte in Zukunft das soziale Leben des Heimatvereins wieder einen vergleichbaren Ort finden, gerade angesichts des hohen Alters seiner Mitglieder?
- Wo sollen sich die anderen Vereine (20 Gadderbaumer Kegelparties, der Bio-chemische Verein, der Rosenverein, die AWO-Frauengruppe, Wandergruppen des Naturfreundevereins usw.) unter vergleichbaren guten Bedingungen treffen?
- Das Begegnungszentrum Pellahöhe wird von der Gadderbaumer Bevölkerung wie ein Bürgerzentrum genutzt. Hier können Geburtstagsfeiern, Konfirmationsfeiern, Kommunionen, Hochzeitsjubiläen, Beerdigungsfeiern für den Bürger bezahlbar stattfinden. Wo ist in Gadderbaum ein gleichwertiger Ersatzort?
- Wo soll der Singkreis des Heimatvereins künftig stattfinden?
- Wo soll man sich als älterer Mensch künftig austauschen können,

- um weiterhin körperlich, psychisch und geistig fit zu bleiben?
- Wo finden ältere Menschen weiterhin eine sinnvolle, ehrenamtliche Tätigkeit zum Wohle der Allgemeinheit, um geistig rege zu bleiben?
- Wo wird das Angebot der Pellahöhe künftig fortgesetzt?
- Warum wird nicht berücksichtigt, dass die ehrenamtlich Tätigen viele Kosten sparen?
- Warum werden die Besucherinnen und Besucher des Begegnungszentrums nicht in den Prozess einbezogen?
- Warum soll eine Einrichtung geschlossen werden, die sehr gut angenommen worden ist und älteren Menschen viel Lebensqualität bringt?
- Wird kein Wert darauf gelegt, dass Kinder und Seniorinnen bzw. Senioren gemeinsame Veranstaltungen erleben?
- Kann man die Aktivitäten fortsetzen, wenn jeder der rund 12.000 Besucherinnen und Besucher einen kleinen Beitrag, beispielsweise einen Euro, zu den Kosten beisteuern würde?
- Warum sind keine Verantwortlichen des Ev. Gemeindedienstes bzw. des Johanneswerkes in die Sitzung gekommen?
- Warum wird das Vertrauen der Bewohnerinnen und Bewohner der Wohnanlage Pellahöhe enttäuscht, dass auch nach Bezug einer Wohnung das Begegnungszentrum weiterhin attraktive Angebote bereithält?
- Welche Kosten entstehen für den Betrieb des Begegnungszentrums jährlich, welche Einnahmen werden erzielt und wie hoch ist der Zuschuss?
- Was tun die in der Bezirksvertretung vertretenen Parteien und die Verwaltung für den Erhalt des Begegnungszentrums?

Herr Kögler antwortet, dass er mit Frau Walczak als eine Verantwortliche im Ev. Gemeindedienst Kontakt aufgenommen und gebeten habe, dass jemand von dort in der heutigen Sitzung berichte. Sie habe aber aus Termingründen abgesagt. Dem Träger fehlten für die Finanzierung ca. 119.000 Euro. Das Johanneswerk werde aufgrund der noch nicht feststehenden Finanzplanung voraussichtlich im Januar berichten können. Er sei nur bedingt der richtige Adressat der Fragen, werde aber weiterhin versuchen, mit den Verantwortlichen des Ev. Gemeindedienstes und des Johanneswerkes in Kontakt zu bleiben, um sie für einen gemeinsamen Dialog zu gewinnen.

Frau Pfaff trägt folgende Stellungnahme vor und bittet darum, diese zur Niederschrift zu nehmen:

„Wir Bezirkspolitikerinnen und Bezirkspolitiker sind hier gefordert. Wir können nicht abwarten, bis wir die Entscheidungen des Evangelischen Gemeindedienstes und des Johanneswerkes vorliegen haben, auch wenn die Verantwortlichen sich dies wünschen.“

Wir müssen die Menschen hier im Stadtbezirk vertreten. Es herrscht unter den Bewohnern der Mietanlage und unter den Nutzern des Begegnungszentrums Unsicherheit, Ratlosigkeit, Angst.

Wir müssen uns klar machen, es gibt für Gadderbaum kein anderes An-

gebot der Offenen Altenarbeit. Unsere soziale Infrastruktur weist dafür nur das Begegnungszentrum Pellahöhe aus.

Über das Klischee des Kaffeetrinkens, als alleinige Aktivität der Altenarbeit, ist das Begegnungszentrum seit vielen Jahren hinaus. Hier im Begegnungszentrum wird erfolgreiche, gemeinwesenorientierte Offene Altenarbeit gemacht. Hier ist ein Ort für beratende Dienstleistungen, für Sinnfindung und Sinngebung, für ehrenamtliches Engagement und gemeinsame Kreativität.

Hier wird mit und für alte Menschen das soziale Leben gestaltet, was sie ortsnahe noch erreichen können. Selbsthilfe unterstützt, bürgerliches Ehrenamt im Alter wird gefördert und die inter-generativen Begegnungen gepflegt.

Alles zusammen ist weit mehr als nur Freizeitgestaltung, sondern findet in der Aktivierung der alten Menschen auch seinen Stellenwert in der Gesundheitsprävention. Die Offene Altenarbeit wird zunehmend mehr zu einem vorpflegerischen Bereich, welcher den pflegerischen Bereich hinaus zögert.

Dass uns die demographische Entwicklung höchst sensible und großangelegte Aktivitäten in der Altenarbeit schon in nächster Zukunft abfordert, muss sicher nicht näher ausgeführt werden.

Hinter meinen theoretischen Bemerkungen stecken natürlich auch konkrete Angaben:

2009 besuchten 12.200 Menschen das Begegnungszentrum Pellahöhe, als Einfach- und Mehrfachnutzer an 337 Öffnungstagen im Jahr. Und zwar vom Cafe, Kegelbahn, Galerie K.e.s., Gruppenangeboten, größeren Veranstaltungen bis hin zu den jährlichen Aktionswochen, die wir als Bezirksvertretung mitgestalten.

Seit einigen Jahren gibt es hier im Begegnungszentrum auch die Mehrgenerationennutzung, die ja als zukunftsweisend für die Altenarbeit gilt. Das hat dazu geführt, dass unser Begegnungszentrum auch schon ein anteiliges Profil als Bürgerzentrum ausweist.

Das Begegnungszentrum ist auch ein fester Treffpunkt für Vereine unseres Stadtbezirkes geworden. Hier nenne ich beispielsweise den Heimatverein, den Biochemischen Verein, den Rosenverein, Wandergruppen des Naturfreundvereins, Gesprächskreis der AWO, 21 Kegelvereine und so weiter.

21 Ehrenamtliche halten, mit teilweise täglichem Einsatz, das Begegnungszentrum mit in Gang und einige davon schon seit 20 bis 30 Jahren.

Die 40 Mieterinnen und Mieter der Wohnanlage, welche eine Gebäudeeinheit mit dem Begegnungszentrum bildet, sind erst Recht von der geplanten Schließung betroffen. Sie sind gerade wegen des Begegnungszentrums in dieses Haus gezogen.

Leider sieht sich die Leitung des Ev. Gemeindedienstes heute entweder nicht in der Lage, oder erachtet es nicht für notwendig, ein Gespräch mit

den Betroffenen und unserer Bezirksvertretung zu führen. Das ist äußerst bedauerlich.

Nun müssen wir uns als Politikerinnen und Politiker Gadderbaums sachkundig machen, wie wir uns für den Erhalt einsetzen können. Und zwar um den Erhalt im vollem Umfang und nicht um eine verschlankte Version, wie es Frau Walczak im Seniorenrat als Möglichkeit angekündigte.

Zur finanziellen Lage des Ev. Gemeindedienstes kann ich keine Aussage machen. Dazu fehlen mir verbindliche Infos über Eigen- und Fremdmittel des ev. Gemeindedienstes. Ob es in der Erweiterung auch um finanzielle Verbindlichkeiten des Johanneswerkes gehen kann als Dachverband des Gemeindedienstes, das vermag ich nicht einzuschätzen. Ich habe nur zusätzlich noch sehr viele differenzierte Fragen zur Immobilie Pellahöhe, den Verflechtungen des Gemeindedienstes mit dem Johanneswerk sowie den Arbeitsverträgen der hier Beschäftigten

Leider ist seitens der Verantwortlichen niemand einer Einladung in die heutige Sitzung gefolgt.

Aber Entscheidungen abzuwarten scheint mir das falsche Vorgehen zu sein. Klärende Gespräche zwischen Träger, Politik und Verwaltung müssen transparent für alle Beteiligten vorher laufen.“

Nach einer Diskussion zwischen den Einwohnerinnen und Einwohnern über die Möglichkeiten der Einflussnahme der Mitglieder der Bezirksvertretung auf die Schließungsabsichten fasst die Bezirksvertretung Gadderbaum auf Antrag der Fraktionen sowie der Einzelvertreterin von „Die Linke“ und der Einzelvertreter von BfB und FDP folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fordert den Erhalt und die Weiterentwicklung des Begegnungszentrums Pellahöhe. Der Träger wird aufgefordert, bei nächster Gelegenheit die Planungen zu erläutern und die heute gestellten Fragen zu beantworten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Informationen zum Begegnungszentrum Pellahöhe

Herr Kögler weist darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt bereits unter Punkt 1 verhandelt worden sei.

-.-.-

Zu Punkt 2.1

Verlagerung der Aufgabe Stadtbezirksmanagement Gadderbaum (Dringlichkeitspunkt)

Herr Kögler verweist zu diesem Thema auf das an Herrn Oberbürgermeister Clausen gerichtete gemeinsame Schreiben der Fraktionen und Einzelvertreter vom 18.11.2010 sowie auf die Antwort des Beigeordneten, Herrn Dr. Witthaus, vom 24.11.2010. Diese lägen den Mitgliedern der Bezirksvertretung Gadderbaum vor (**Anlage I**).

Herr Ellermann erwähnt, dass er ab dem 01.12.2010 als stellv. Bezirksamtsleiter und Teamleiter „Stadtbezirksmanagement“ in das Bezirksamt Brackwede wechseln werde.

Frau Pfaff beklagt das Verfahren zur Verlagerung der Aufgabe „Stadtbezirksmanagement Gadderbaum“ in das Bezirksamt Brackwede. Der Auflösung des Bezirksamtes Gadderbaum im Jahre 2006 sei ein langer Diskussionsprozess vorausgegangen, in die die Bezirksvertretung aktiv einbezogen worden sei, in diesem Fall jedoch nicht. Es werde ein erstes Gespräch zwischen Frau Kopp-Herr (Bezirksvorsteherin Brackwede), Herrn Diekmann (Stellv. Bezirksvorsteher), Herrn Kögler, Herrn Schäffer (Bezirksamtsleiter Brackwede), Herrn Ellermann (künftiger stellv. Bezirksamtsleiter Brackwede) und ihr am 06.12.2010 geben.

Nach einer weiteren Diskussion darüber, ob die bisherigen Aufgaben des Gadderbaumer Bezirksmanagers voraussichtlich vollständig durch das Bezirksamt Brackwede wahrgenommen werden können und müssen, stellen Herr Brunnert und Frau Schneider fest, dass sie das Schreiben des Herrn Dr. Witthaus als Zwischennachricht werten. Es sei wichtig zu erfahren, welche Aufgaben des bisherigen Bezirksmanagers künftig auf andere Bedienstete des Bezirksamtes verlagert werden, um die richtigen Personen direkt ansprechen zu können.

Herr Brunnert schlägt vor, eine Sitzung im Frühjahr im Bezirksamt Brackwede abzuhalten, um dabei auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes kennen zu lernen.

Herr Ellermann erklärt, dass er auch künftig als Ansprechpartner für alle Angelegenheiten der Bezirksvertretung Gadderbaum zur Verfügung stehe, insbesondere solange die Amtsleiterstelle im Bezirksamt noch nicht besetzt sei.

Zu Punkt 3 **Genehmigung von Niederschriften**

Zu Punkt 3.1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 10. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 07.10.2010**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 07.10.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 11. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 08.11.2010**

Frau Pfaff schlägt folgende Änderung vor:

Der Niederschrift wird auf Seite 4 ein 3. Absatz eingefügt (TOP 3):

„Durch die nun vorgesehene LED-Technik (die einen Bruchteil dessen kostet, was vorher vorgesehen war) ist es möglich geworden, auch die Querungshilfe, die über die Dornberger Straße führen soll und die vom Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz gestrichen wurde, zu finanzieren.“

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 08.11.2010 wird unter Berücksichtigung des Änderungsvorschlages nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei 2 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Mitteilungen**

1. Verteilte Schriftstücke:

- Terminplan über die Sitzungen der Gremien in 2011 (Hinweis: Es werden folgende Terminverschiebungen vereinbart: Die Bezirksvertretung Gadderbaum tagt nicht am 13.01.2011 und am 13.10.2011, sondern am 20.01.2011 und 20.10.2011)

- Handzettel Gadderbaumer Weihnachtsmarkt
- Vermerk über den Unterrichts- und Erörterungstermin im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zur Änderung des Bebauungsplanes „Ellerbrocks Feld“

2. Verlagerung der Aufgabe „Stadtbezirksmanagement Gadderbaum“ in das Bezirksamt Brackwede

Der Rat der Stadt Bielefeld wird voraussichtlich in seiner heutigen Sitzung u. a. beschließen:

Die Aufgabe der Betreuung der Bezirksvertretung Gadderbaum wird dem Bezirksamt Brackwede übertragen. Die Stelle der Bezirksamtsleiterin/des Bezirksamtsleiters ist deshalb wieder zu besetzen und wird nicht eingespart. Eingespart wird die Stelle Bezirksmanager/in im Büro des Rates.

Der bisherige Bezirksmanager Martin Ellermann wird zum 01.12.2010 in das Bezirksamt Brackwede wechseln.

3. Gadderbaumer Weihnachtsmarkt

Der diesjährige Gadderbaumer Weihnachtsmarkt findet vom 03.12.10 bis zum 05.12.10 auf dem Bethelplatz statt.

4. Durchlass Bauhofweg/Bohnenbach

Wegen Einsturzgefahr wird demnächst die Straße Bauhofweg in Höhe des Durchlasses gesperrt. Fußgänger und Radfahrer werden die Stelle weiterhin passieren können. Es erfolgt eine entsprechende Ausschilderung.

5. Instandsetzungsarbeiten auf dem Ostwestfalendamm

Voraussichtlich vom 18.04.2011 bis 18.06.2011 wird es zu Instandsetzungsarbeiten an Betonteilen kommen, die sich am OWD befinden.

6. Büro des Ortschaftsreferenten Bethel

Herr Klein als Ortschaftsreferent der v.B.S. Bethel hat sein Büro nunmehr im Sareptaweg 4.

Zu Punkt 5

Anfragen

Zu Punkt 5.1

Beleuchtung eines Fußweges zwischen Bethelweg und Remterweg (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1756/2009-2014

Text der schriftlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
15.11.2010:

Warum sind die Laternen von den Masten des Fußweges vom Bethelweg, hinter dem Haus Nr. 17 „Haus Kantate“, zum Remterweg entfernt worden.

Schriftliche Begründung:

Die Kinder aus dem oberen Kantensiektal nutzen diesen Fußweg als Schulweg. Schon jetzt können die Kinder bei Dunkelheit nicht mehr direkt durch den Wald am Haus Abendfrieden gehen, da dieser Weg auch nicht mehr beleuchtet ist.

Frau Herting erläutert die Bedeutung des Schulweges. Mittlerweile sei der befestigte Weg leider ohne Vorankündigung seitens der v.B.S. Bethel entfernt worden. Es gebe bereits eine Unterschriftenaktion.

Frau von der Gracht, v.B.S. Bethel, präsentiert Luftbildaufnahmen und erklärt dazu, dass der Weg marode gewesen sei und hätte komplett saniert werden müssen. Bei befestigten und insbesondere beleuchteten Wegen seien die v.B.S. Bethel verkehrssicherungspflichtig. Die Rahmenplanung Bethel gebe vor, dass bestimmte Wegebeziehungen zu stärken seien und andere wiederum, beispielsweise mit starkem Anstieg, abzubauen. Man habe seitens der v.B.S. Bethel den Weg in der Priorität als wenig relevant eingestuft, zumal es etliche Parallelwege gebe. Daher sei die Angelegenheit auch nicht in der letzten Ortschaftsversammlung kommuniziert worden. Die öffentlichen Reaktionen zeigten jedoch, dass es sich dabei um eine Fehleinschätzung gehandelt habe, wofür man sich entschuldige. Anschließend zeigt Frau von der Gracht alternative Wegeverbindungen auf, u. a. mit einer Treppe. Dadurch verlängere sich der Weg um ungefähr 20 Meter. Im Bereich der Treppe sei der Weg beleuchtet.

Frau von der Gracht bietet gemeinsame Gespräche mit den Betroffenen und sonstigen Akteuren an, um über Alternativen zu diskutieren.

Auf Nachfrage von Frau Herting erklärt Frau von der Gracht, dass Waldwege grundsätzlich, im Gegensatz zu sonstigen Wegebeziehungen und beispielsweise Parkflächen vor Krankenhäusern, nicht beleuchtet würden.

Frau Pfaff bittet darum, auch betroffene Schülerinnen und Schüler zu dem Ortstermin einzuladen.

- Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Grünfläche und Teich in der Schüßlerstraße
(Antwort auf die mündliche Anfrage der BfB vom 07.10.2010)

Text der mündlichen Anfrage der BfB vom 07.10.2010:

Bestehen aufgrund des sumpfigen Teiches auf dem städtischen Grundstück an der Schüßlerstraße Gefahren für spielende Kinder?

Zusatzfrage:

Welche Maßnahmen schlägt die Verwaltung vor, falls von dem Grundstück eine Gefahr ausgeht?

Herr Ellermann erklärt, dass die Fachverwaltung die Angelegenheit noch prüfe. Er gehe davon aus, in der nächsten Sitzung eine Antwort präsentieren zu können.

Brandschutz in der Martinschule

Herr Witte bittet darum, in der nächsten Sitzung über erforderliche Brandschutzmaßnahmen in der Martinschule zu berichten.

-.-.-

Zu Punkt 6

Verabschiedung eines Quartiershelfers

Herr Kögler erklärt, dass Herr Ihl leider erkrankt sei. Er könne daher heute nicht persönlich als Quartiershelfer verabschiedet werden.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum spricht Herrn Ihl für die geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus und wünscht ihm für den weiteren Lebensweg alles Gute.

-.-.-

Zu Punkt 7

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. II/ 1/ 28.00 "Wohngebiet am Botanischen Garten" für eine Teilfläche des Gebietes südlich und nördlich der Straße "Am Botanischen Garten" im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB

- Stadtbezirk Gadderbaum -

Aufstellungsbeschluss

Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1657/2009-2014

Herr Huesmann, Planungsbüro Drees & Huesmann, Herr Weichynik, Architekturbüro Pappert + Weichynik GmbH & Co. KG sowie Herr Groß, Bauamt, erläutern die Vorlage.

Herr Huesmann präsentiert Folien mit den Plänen sowie den Häuseransichten und geht auf die Inhalte der Vorlage ein. Der Geltungsbereich umfasse im Wesentlichen das Kirchengrundstück, das mit drei Baukörpern mit insgesamt 16 Wohneinheiten bebaut werden solle (Je zwei Geschosse plus Staffelgeschoss mit geneigtem Dach). Die erforderlichen PKW-Stellplätze sollten aufgrund der Topographie in sog. Garagengeschossen untergebracht werden. Inwieweit außerhalb der bebaubaren Flächen Stellplätze entstehen dürften, sei textlich festsetzbar. Man habe außerdem Flächen im Norden und Osten mit zwei bebaubaren städtischen Grundstücken sowie eine private Parzelle in den Geltungsbereich einbezogen. Dort könnten drei Einfamilienhäuser errichtet werden, die durch eine Stichstraße erschlossen würden (bislang als Grünfläche festgesetzt). Die Wegeverbindung zwischen Botanischen Garten und Friedhof benötige man nicht. Auf der westlichen städt. Fläche, die sich an den Bot. Garten anschließe, beabsichtige man, den Baumbestand zu erhalten und eine Unterstellmöglichkeit für den Umweltbetrieb zu errichten. Die Festsetzung des Wohngebietes erfolge als „Reines Wohngebiet“. Es sollten Wohngebäude allgemein zulässig sein sowie Anlagen für soziale Zwecke und den Bedürfnissen der Bewohner des Gebietes dienenden Anlagen für gesundheitliche Zwecke ausnahmsweise zulässig sein

Herr Spilker möchte wissen, inwieweit die Bezirksvertretung nach der Zustimmung zum Bebauungsplan noch auf die Bebauung des Gebietes mit sozialen Einrichtungen Einfluss nehmen könne. Es müsse gewährleistet sein, dass die Flächen für den ruhenden Verkehr in hohem Maße nachbarverträglich in dem Innenbereich untergebracht würden. Er verweist sich bei den Berichterstattern, dass die Stadt Bielefeld die eigenen Parzellen auch schon zu einem früheren Zeitpunkt einer Bebauung hätte zuführen können, sofern entsprechende Beschlüsse gefasst worden wären. Er verlangt, dass bei etwaig erforderlichen Investitionen in die Entwässerungsleitungen der Investor die Kosten zu tragen habe und nicht die jetzigen Anwohner/innen.

Herr Brunnert fragt nach der jetzigen Richtung der Entwässerung der Grundstücke.

Herr Groß betont, dass es lediglich um den Aufstellungsbeschluss gehe, also um die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung. Sobald der Beschluss gefasst worden sei, würden die Fachverwaltungen beteiligt, so

auch der Umweltbetrieb zu den Detailfragen der Entwässerung. Es sei davon auszugehen, dass keine größeren Wassermengen von den Kanälen aufzufangen seien, als das zu Zeiten der früher bebauten Fläche bereits der Fall gewesen sei.

Herr Witte bezeichnet die geplante Bebauung optisch als dreigeschossig mit Staffelgeschoss. Die vorgesehene Bebauung passe sich außerdem nicht der umgebenden Bebauung an.

Herr Brunnert empfindet geneigte Dächer an der Stelle gefälliger als Flachdächer, bittet jedoch darum, bestimmte grundsätzliche Fragen – beispielsweise zur Entwässerung der Grundstücke – im Vorfeld eines Aufstellungsbeschlusses ggf. unter Beteiligung der Fachämter zu klären, um bei der Öffentlichkeit keinen falschen Eindruck zu hinterlassen und Antworten frühzeitig geben zu können. Er betont, dass sich einige Anwohnerinnen und Anwohner bereits schriftlich zu den Planungen an die Verwaltung geäußert hätten, auch wenn es noch keine förmliche Bürgerbeteiligung gegeben habe. Antworten dazu vermisse er in der Vorlage. Unter Bezugnahme auf die Vorlage fragt Herr Brunnert nach der Summe der Größe der zur Bebauung anstehenden Grundstücke und ob ein Verbindungsweg zwischen der Erschließungsstraße und des Botanischen Gartens als nicht notwendig angesehen werde. Er schlägt vor, die drei kleineren Grundstücke im Hinblick auf Umweltbelange zu besichtigen, da diese im Gegensatz zum ehemaligen Grundstück „Georgenzentrum“ nie bebaut gewesen seien. Im Gegensatz zu den Ausführungen in der Vorlage gebe es im Übrigen immer noch einen Bedarf an Gemeinbedarfsflächen in dem Quartier, auch wenn es derzeit lediglich keinen Investor für ein Kulturzentrum, Kindergarten u.ä. an der Stelle gebe.

Herr Huesmann antwortet, dass es keine Nachfrage nach einer Gemeinbedarfsfläche in dem Bereich gebe. Man könne allerdings durch den Bebauungsplan Anlagen für soziale Zwecke in dem reinen Wohngebiet zulassen. Der Verzicht auf eine formale Umweltprüfung entbinde nicht von der Pflicht der Prüfung, wie sich eine Bebauung auf die Umwelt, auch in Bezug auf Immissionen, auswirken werde.

Herr Spilker hat Bedenken, eine soziale Nutzung des Geländes baurechtlich zuzulassen, zumal die Anwohnerinnen und Anwohner keinen übermäßigen Verkehrslärm wünschten und die verkehrliche Anbindung wahrscheinlich nicht ausreichend sei. Es sei zu begrüßen, dass nunmehr gemäß der Vorlage geneigte Dachformen Anwendung finden sollen. Er würde der Vorlage zustimmen.

Herr Huesmann stellt auf Nachfrage klar, dass Solarmodule heutzutage keine Blendwirkung mehr entfalteteten.

Herr Heimbeck meldet für die SPD-Fraktion weiteren Klärungsbedarf an und schlägt vor, den Tagesordnungspunkt im Januar oder Februar 2011 wieder aufzugreifen.

Herr Weigert schließt sich dem im Namen der CDU-Fraktion an.

Herr Groß verweist auf das geordnete Verfahren nach dem Baugesetzbuch und die in diesem Zusammenhang stehende Bürgerbeteiligung. Dadurch könnten die Belange aller Interessengruppen gesammelt und

durch die Politik beurteilt werden. Dafür bedürfe es jedoch eines Aufstellungsbeschlusses.

Herr Brunnert erwidert, dass es gegenüber Dritten überzeugender sei, wenn fachliche Fragen bereits im Vorfeld eines Aufstellungsbeschlusses abgearbeitet worden seien. Das gelte insbesondere für die Fragen der Entwässerung, ob der bereits „wellige“, gepflasterte Straßenabschnitt den weiteren Belastungen, auch durch die Baufahrzeuge, gewachsen sein werde und ob es in den Bereichen, die außerhalb des ehemaligen Georgenzentrums liegen, schützenswerte Pflanzen gebe.

Herr Groß betont noch einmal, dass es derzeit lediglich um die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung gehe. Gutachten würden in diesen Verfahren erst vor einem Satzungsbeschluss vorgelegt. Die beteiligten Ämter hätten außerdem keine Bedenken bezüglich der Entwässerung erhoben. Eine detaillierte Beteiligung gebe es allerdings erst nach einem Aufstellungsbeschluss. Über die Ergebnisse werde dann die Bezirksvertretung informiert. Die Vorlage sei insgesamt bereits umfassender, als es für einen Aufstellungsbeschluss üblich sei.

Herr Kögler fasst zusammen, dass noch einige offene Fragen gegenüber den Mitgliedern der Bezirksvertretung zu klären seien.

Es ergeht anschließend folgender

Beschluss:

Der weitere Beratung und die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird auf die nächste oder übernächste Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum vertagt.

- bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

6. Änderung der Parkgebührenordnung der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1620/2009-2014

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt dem Rat, die 6. Änderungs-Verordnung der Gebührenordnung für Parkuhren und Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Bielefeld (Parkgebührenordnung) gemäß Anlagen 1 - 3 zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 05.08.2004

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1584/2009-2014

Herr Brunnert merkt zu § 10 Abs. 3 der Hauptsatzung (neu) an, dass es heißen müsse: „...wird das Recht eingeräumt, *maximal* fünf Ausschüssen als Mitglied mit beratender Stimme anzugehören.“ Es solle sicher kein Mandatsträger zwingend fünf Ausschüssen angehören müssen, wenn er beispielsweise nur einem angehören wolle. Anschließend erklärt er, dass die Regelungen dahingehend überarbeitet werden sollten, dass kleine Fraktionen und Gruppen mit den gleichen Rechten ausgestattet werden, also auch Ratsmitglieder, die einer Gruppe zugehörig seien, maximal fünf Ausschüssen als beratendes Mitglied angehören dürften.

Herr Witte spricht sich dafür aus, dass die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister weiterhin bei feierlichen Anlässen die Amtskette trägt.

Herr Ellermann geht auf die wesentlichen Änderungen ein, die die Bezirksvertretungen betreffen.

Herr Brunnert plädiert dafür, dass der Integrationsrat, der Seniorenrat und der Beirat für Behindertenfragen in der Hauptsatzung weiterhin Erwähnung finden, auch wenn diese Beiräte über eine eigene Satzung verfügten. Schließlich diene die Hauptsatzung zur Orientierung für Unkundige, die sich beispielsweise auch über das Internet über die Struktur und Aufgaben der Stadt Bielefeld informierten.

Nach kurzer Diskussion ergeht auf Antrag aller Fraktionen und der Einzelvertreter von BfB, FDP und Die Linke folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt:

Der Rat beschließt die 7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 05.08.2004 zu

1. Artikel 1, Ziffern 1 bis 9
2. Artikel 1, Ziffer 10
3. Artikel 1, Ziffern 11 bis 26
sowie
Artikel 2

laut Anlage 1 zur Vorlage mit folgender Änderung:

§ 12 der Hauptsatzung (neu) wird um einen 3. Absatz ergänzt, in welchem die derzeit gebildeten Beiräte (Integrationsrat, Seniorenrat und der Beirat für Behindertenfragen) erwähnt werden.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Neufassung der Geschäftsordnung des Rates

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1603/2009-2014

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt:

Der Rat beschließt die Neufassung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Bielefeld (GeschORat) zu

1. § 1
2. § 2 Abs. 1
3. § 2 Abs. 2 bis § 4 Abs. 3
4. § 4 Abs.4
5. § 4 Abs. 5 bis § 14 Abs. 3
6. § 14 Abs. 4
7. § 14 Abs. 5 bis § 17 Abs. 2
8. § 17 Abs. 3
9. § 17 Abs. 4
10. § 17 Abs. 5 bis § 21 Abs. 5 Buchstabe h)
11. § 21 Abs. 5 Buchstabe i)
12. § 21 Abs. 5 Buchstabe j) bis § 28

laut Anlage 1 der Vorlage.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

**Neufassung der Richtlinien für die Durchführung von Einwohner-
versammlungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1606/2009-2014

Beschluss:

**Der Rat beschließt die Richtlinien für die Durchführung von Einwohner-
versammlungen laut Anlage 1 zur Vorlage.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Vergabe von Sondermitteln der Bezirksvertretung Gadderbaum

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Kögler verweist auf den vorliegenden Antrag des Gadderbaumer Heimatvereins vom 06.11.2010 und erklärt, dass in diesem Jahr noch 167,- Euro aus den bezirklichen Sondermitteln zur Verfügung stünden.

Herr Ellermann beantwortet Fragen.

Beschluss:

Der Heimatverein Gadderbaum erhält 167,- Euro aus den bezirklichen Sondermitteln als Zuschuss für die Erstellung eines Vereins-Flyers.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 13

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 13.1

Aufhebung der Einbahnstraßenregelung im Karl-Schnitger-Weg für den Fahrradverkehr
(Beschluss der BV Gadderbaum vom 09.09.2010, Drucksache Nr. 1375/2009-2014)

Beschluss der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 09.09.2010:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung, die Einbahnstraßenregelung im Karl-Schnitger-Weg für den Fahrradverkehr aufzuheben.

Dazu liegt den Mitgliedern der Bezirksvertretung Gadderbaum folgende Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 19.10.2010 vor:

In Bezug auf die Maßnahme ist die Anordnung aller notwendigen Verkehrszeichen und Markierungen bereits an den Bauhof weitergeleitet worden. Ob die Durchführung der Anordnung noch in diesem Jahr stattfinden kann, ist jedoch ungewiss, denn Markierung und Beschilderung können nur gemeinsam eingerichtet werden. Voraussetzung für das Aufbringen von Markierungen sind jedoch trockene Witterung und ausreichend hohe Temperaturen. Ansonsten wird die Freigabe der Einbahnstraße für den Radverkehr im Frühjahr 2011 erfolgen.

- Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 13.2

5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/1/12.01 (Schulhoferweiterung Martinschule) für einen Teilbereich der Deckertstraße im beschleunigten Verfahren gem. § 13a Baugesetzbuch (BauGB) - Satzungsbeschluss

Beschluss der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 07.10.2010:

1. *Die Stellungnahme der Stadtwerke Bielefeld GmbH wird gemäß Vorlage berücksichtigt.*
2. *Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen zum Nutzungs-, Verkehrs-, Grünflächenplan, zu den textlichen Festsetzungen und der Begründung der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/ 1/ 12.01 (Schulhoferweiterung Martinschule) werden beschlossen.*
3. *Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/ 1/12.01 (Schulhoferweiterung Martinschule) wird mit Text und Begründung gemäß § 10 des Baugesetzbuche (BauGB) als Satzung beschlossen. Der Satzungsbeschluss für die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/ 1/12.01 (Schulhoferweiterung Martinschule) ist gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.*
4. *Wegen der dringend erforderlichen Brandschutzmaßnahmen (vergl. Anlage I zur Niederschrift), die umgehend zu erledigen sind, bittet die Bezirksvertretung Gadderbaum die Schulhoferweiterung vorzuziehen, da ein Teil der Brandschutzmaßnahmen dadurch umgesetzt werden würde.*

Beschluss des Rates vom 04.11.2010:

1. *Die Stellungnahme der Stadtwerke Bielefeld GmbH wird gemäß Vorlage berücksichtigt.*
2. *Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen zum Nutzungs-, Verkehrs-, Grünflächenplan, zu den textlichen Festsetzungen und der Begründung der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/ 1/ 12.01 (Schulhoferweiterung Martinschule) werden beschlossen.*
3. *Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/ 1/12.01 (Schulhoferweiterung Martinschule) wird mit Text und Begründung gemäß § 10 des Baugesetzbuche (BauGB) als Satzung beschlossen. Der Satzungsbeschluss für die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/ 1/12.01 (Schulhoferweiterung Martinschule) ist gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.*

